

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes
zu Bischofswerda, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Die Redaktion dieses Blattes ist am Sonntag den 14. März 1910, von 10 bis 12 Uhr, im Amtshaus zu Bischofswerda, im Erdgeschoss, im Saal, geöffnet. Die Redaktion ist am 1. März 1910, von 10 bis 12 Uhr, im Amtshaus zu Bischofswerda, im Erdgeschoss, im Saal, geöffnet. Die Redaktion ist am 1. März 1910, von 10 bis 12 Uhr, im Amtshaus zu Bischofswerda, im Erdgeschoss, im Saal, geöffnet.

Freiwillige Nr. 22.
Beilagen werden bei allen Nummern des heutigen Blattes, für Bischofswerda und Umgegend bei ungenügender Belegung, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Dienstverpflichteter Jahrgang.

Preise, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis zum 10. März 1910 angenommen, größtes und künftige Ausgaben tags vorher, und kostet die vierteljährliche Ausgabe 12 J., die halbjährliche 20 J. Einmalige Beiträge betragen 40 J.
Für Wiederholung eingeleiteter Manuskripte u. s. w. keine Gewähr.

Wegen Abgang des Freitag und Sonnabend, den 18. und 19. März 1910, künftige Expeditionen des unterzeichneten Stadtrates zu Bischofswerda, am 12. März 1910.

Freitag, den 12. März 1910, nachmittags 3 Uhr, sollen in Bischofswerda folgende Gegenstände als 1. Schreibsekretär, 1. Stadtratssekretär und 1. Registrator gegen Verzahlung versteigert werden. Sammelort: Königl. Amtsgericht.
Bischofswerda, den 14. März 1910.
Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Montag, den 21. März 1910, Viehmarkt in Bischofswerda.

Das Rechte vom Tage.

In Berlin und anderen preussischen Städten wurde am Sonntag wieder Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet. (Siehe D. R.)

Die Wahlrechtsdemonstrationen gehen die Regierung an. (Siehe Drahtnachrichten.)

Die Verhandlungen der Lokomotivfabriker bei den amerikanischen Eisenbahnen sind abgelehnt. Der Streik ist unvermeidlich. (Siehe Drahtnachrichten.)

In Thessalonien (Griechenland) fanden kürzlich Wahlen statt. Die Regierung hat auf einen Versuchung wurde geschlossen. (Siehe Drahtnachrichten.)

Gelegentlich der Einführung eines türkischen Währungsreformes ist in Konstantinopel ein Streik ausbrochen, wobei 15 Personen erschossen wurden.

In Marokko ist ein Aufstand im Schanjargebiet ausgebrochen. 4000 Mann sollen die Stellung des Generals Reunier angreifen. (Siehe Drahtnachrichten.)

Der Kampf um die preussische Wahlreform.

Die Angelegenheit der Wahlreform in Preußen ist allmählich in das entscheidende parlamentarische Stadium eingetreten. Am 11. März hat das Abgeordnetenhaus die zweite Lesung der Wahlreform-Vorlage begonnen; wenn nicht alles trägt, wird sie im wesentlichen die Bestätigung der Beschlüsse der Wahlrechtskommission und hiermit des sogenannten schwarzen Kompromisses in der Wahlreformfrage ergeben. Hierauf deutete bereits der Verlauf des ersten Tages der Spezialberatung des Wahlreformgesetzentwurfs hin. Denn gleich die ersten drei Paragraphen, welche vom indirekten und vom passiven Wahlrecht handeln, wurden in der Kommissionssatzung angenommen, alsdann fand auch der weit wichtigere § 4 der Vorlage, der in der Regierungssatzung die direkte Wahl der Abgeordneten und demnach die Befestigung des bisherigen indirekten Wahlsystems vorschlug, nach den Beschlüssen der Kommission oder vielmehr ihrer konservativ-liberalen Mehrheit, Annahme. Denn er betrifft die von der Kommission beschlossene Wiedereinführung des Wahlmänner-systems und die auf Antrag der Konservativen festgesetzte öffentliche Wahl der Abgeordneten; die Wahl der Wahlmänner selbst soll aber geheim sein.

In der Kommissionssatzung wurde denn auch § 4 bei der entscheidenden Abstimmung, nach vorheriger Ablehnung auch der von nationalliberaler, fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite eingebrachten Abänderungsanträge, mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen, wobei die Konservativen, welche in der Kommission zuletzt mit der Linken gegangen waren, sich zur Abweisung wieder einmal auf die Seite des Blocks schlugen. Voraussetzlich dürfte auch der Rest der Wahlreform-Vorlage im Sinne der Abmachungen der Rechten mit dem Zentrum seine Erledigung finden, was wohl zurstunde geschehen ist.

Es bliebe somit noch die dritte und letzte Lesung des Wahlreformgesetzentwurfs übrig, die noch im Laufe dieser Woche erfolgen soll, worauf sofort die Osterferienpause ihren Anfang nehmen wird. Daß die dritte Lesung an den Beschlüssen der zweiten Plenarlesung, was die grundlegenden Bestimmungen anbelangt, noch erhebliche Änderungen bringen sollte, ist nicht anzunehmen. Auch ist schwerlich damit zu rechnen, daß die Regierung etwa Einwendungen gegen die von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses beliebten Abänderungen des Regierungsentwurfs erheben sollte, da bei der Entschlossenheit der Mehrheitsparteien bei einem solchen Veto der Regierung das Scheitern der ganzen Wahlreform zu erwarten wäre, und dies möchte man regierungsseitig wohl kaum riskieren. Was aber die politischen Folgen der Schaltung der preussischen Wahlreform nach dem Willen und den Wünschen des hierzu abgeschlossenen Bundes der Rechten und des Zentrums anbelangt, so werden sie sich bald genug zeigen. Namentlich ist von einem solchen Ausgang der parlamentarischen Kämpfe um die preussische Wahlreform eine zunehmende Entfremdung zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen zu befürchten. Schon die zweite Lesung der Wahlreformvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses hat mit den scharfen Zusammenstößen zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen, welche sie zeitigte, dargetan, daß das Jahrzehntelange Fiebernehmen der Konservativen mit der Partei des gemäßigten Liberalismus durch die preussische Wahlreform ernstlich in die Brüche zu gehen droht. Im Interesse einer weiteren, gedehnten Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland wäre es aber gewiß nur tief zu beklagen, wenn die preussische Wahlreform-Angelegenheit tatsächlich einen Bruch zwischen zwei so großen und auf gemeinsamem Boden stehenden Parteien, wie es die Konservativen und die Nationalliberalen sind, zur Folge haben sollte.

Politische Übersicht.

Deutsches Reich.

Das Kaiserpaar nahm Sonntag vormittag an dem Gottesdienst in der Gnadenkirche teil und besuchte später die Sieberei von Gladenbeck in Friedrichshagen. Mittags empfing der Kaiser im königlichen Schloß den Reichskanzler. Zur Frühstückstafel waren u. a. der Fürst zur Lippe und Fürst Fürstenberg geladen.

Ihre königliche Hoheit Prinzessin Heinrich von Preußen ist gestern abend in Kiel wieder eingetroffen.

Der deutsche Botschafter Freiherr von Rathsall wird den Prinzen Eitel Friedrich auf seiner Reise nach Palästina begleiten.

Während des Wahlrechtsdemonstrationszuges am Sonntag kam es in Berlin zu einigen unbedeutenden Zusammenstößen mit der Polizei, wobei einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Auch in Breslau kam es gelegentlich des dort veranstalteten Demonstrationszuges zu Zusammenstößen; auch dort wurden einige Personen verhaftet und mehrere verletzt. Ebenso fand in Frankfurt a. M. eine Demonstration statt, die aber ohne Zwischenfall verlief.

Zur Feier des 80. Geburtstages Paul Heyse fand am Sonntag in München eine Matinee im Residenztheater statt. Außer dem gefeierten Dichter waren unter anderen Prinzessin Theresie, die Prinzen Leopold und Ludwig Ferdinand, sowie viele Vertreter von Kunst und Wissenschaft anwesend. Den von Wilhelm Jensen verfassten Prolog sprach die Soffhauspielerin Berner. Daran schlossen sich Gesangsvorträge Heyse'scher Lieder in Kompositionen von Brahms, die der Lehrergesangverein ausführte, und Rezitationen Heyse'scher Gedichte durch den Generalintendanten v. Postart. Den Schluß der Matinee bildete die Darstellung einer Festspiel-dichtung von Fritz v. Ostin „Im Gain der Egeria“, in der die hervorragendsten Gestalten der Heyse'schen Dichtungen auftreten. Nachmittags fand zu Ehren des Dichters ein Festmahl statt, wobei Ludwig Fulda in begeisterten Worten Paul Heyse feierte.

Die Hamburger Zeitungen veröffentlichen eine Aufforderung zur Zeichnung für den Bau einer drehbaren Doppel- oder Rundhalle für mindestens zwei Zeppelinluftschiffe, sowie für eine Anlage zur Erzeugung von Wasserstoffgas. Die Gesamtkosten betragen etwa eine Million, wovon reichlich 400 000 M. bereits gezeichnet sind. Der Mindestbetrag jeder Zeichnung beträgt 1000 M. Die Aufforderung ist von den Spitzen der Hamburger Kaufmannschaft unterzeichnet, darunter befinden sich die Namen: Ballin, Krogmann, Warburg, Siemens.